Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 148. | Dresden, Montag den 30. Juni 1913. | 24. Jahrg.

Prinzessin ist von Stockholm nach Kopenhagen geflogen.

Ein Erdbeben richtete in Süditalien große Verheerungen an.

Die Spanier hatten in Marokko neue verlustreiche Gefechte zu bestehen.

In Amerika sind der dort herrschenden Hitze viele Personen zum Opfer gefallen.

Die dritte Lesung.

Der letzte Kampf um die Militärvorlage. — Stürmische Szenen im Reichstag. — Die angeklagte Militärbarbarei. — Die Schlappe des Kriegsministers. — Der moralische Sieg der Sozialdemokratie.

In schnellen, aber stürmischen Szenen vollzog sich am Sonnabend der letzte Akt der Beratungen über die Militärvorlage. In scharfem Rededuell zwischen dem Vertreter der Sozialdemokratie Scheidemann und dem Reichskanzler als Vertreter des militaristischen Systems stießen noch einmal die tief gegensätzlichen Anschauungen aufeinander. Und es endete dieser Kampf mit der Berufung des Reichskanzlers darauf, daß er die Mehrheit der Parteien auf seiner Seite habe, aber zugleich mit der unzweifelhaften Tatsache des moralischen Sieges der Sozialdemokratie, deren Idealen trotz alledem die Zukunft sicher ist.

Unser Parteigenosse Scheidemann faßte in scharfgespitzten Fassungen nochmals die zahlreichen guten Gründe zusammen, die die Sozialdemokratie den internationalen Rüstungstreibern im allgemeinen und der deutschen Riesenmilitärvorlage im besonderen entgegensetzt. Er hielt eine wahrhaft vernichtende Abrechnung mit den feigen bürgerlichen Mittelparteien, besonders mit der Zentrumspartei, indem er des Herrn Matthias Erzbergers Wandlungen, seit Januar d. J. bis zum April, vom heftigen Gegner gegen die unmögliche Zumutung einer neuen Militärvorlage bis zum tobenden Verherrlicher einer noch unendlich viel größeren Militärvorlage dem Gelächter der Welt überlieferte. Selten ist die Gesinnungslosigkeit der bürgerlichen Politiker und ihre schimpfliche Angst vor den Säbelrasslern des Generalstabs so scharf und so beweiskräftig nachgewiesen worden. Scheidemann brandmarkte ferner die bewußt verlogenen Versuche der Gegner, es so darzustellen, als sei Deutschland durch die Angriffslust Frankreichs und durch französische Rüstungen zu seiner Militärvorlage genötigt worden. Er sagte offen heraus, daß gerade Deutschland es ist, das durch die neuen grenzenlosen Rüstungen andere Staaten provoziert, gleichfalls ihre militärischen Kräfte zu verstärken. Unser Redner kritisierte sodann mit Wucht die Verleihung eines hohen Ordens an den Hauptbesitzer der Kruppfirma, während gegen Angestellte dieser Firma das Strafverfahren wegen Beamtenbestechung und sonstiger Korruption schwebt. Er brachte mit Worten lodernder Entrüstung das neueste Schreckensurteil zur Sprache, das die Militärjustiz in Erfurt gefällt hat. Jeder Satz der Scheidemannschen Ausführungen traf die Militärparteien wie ein Peitschenschlag, die Rechte tobte und heulte ohne Unterlaß. Die sozialdemokratische Fraktion dagegen begleitete die Rede ihres Wortführers mit stürmischen Beifallskundgebungen.

Die anderen Parteien hatten mit der Regierung vereinbart, daß in dieser dritten Lesung möglichst überhaupt keine Debatte mehr stattfinden sollte. Aber man konnte auf Scheidemanns Anklagen nicht schweigen. Der freikonservative Abgeordnete Schulz-Bromberg wurde vorgeschickt, um durch eine nationalistische Hurrarede den Eindruck der sozialdemokratischen Kritik abzuschwächen. Dies gelang dem Herrn Schulz jedoch übel. Er wußte nur das alte Lied vom Chauvinismus und aggressiven Plänen in Frankreich zu wiederholen und in hohlen Redensarten gegen die angebliche „Herabwürdigung unseres Offizier- und Unteroffizierkorps durch die Sozialdemokratie" zu protestieren. Die Leistung des konservativen Redners war so unzureichend, daß der Reichskanzler selbst zu Hilfe eilen mußte. Aber auch Herr v. Bethmann-Hollweg vermochte auf die Tatsachen, die der sozialdemokratischen Anklagerede zugrunde lagen, nur mit theatralischem Wortgeprränge und allgemeinen Beschuldigungen zu erwidern. Wenn die Sozialdemokratie darlegt, daß die für die Militärvorlage angeführten Gründe — Balkanereignisse und anderes — entweder überhaupt nicht bestanden haben oder durch den Verlauf der Geschehnisse überholt sind, so antwortet der Reichskanzler mit der hochtönenden Behauptung, die Sozialdemokratie gehe blind an der Tatsachen vorüber. Wenn die Sozialdemokratie die Wirkungen der deutschen Rüstungen und ihre Aussichtslosigkeit dartut, wenn sie statt dieser angeblich zur Friedenssicherung bestimmten, aber in Wahrheit die Völker aufs äußerste verfeindenden Rüstungspolitik die Politik der offenen Aussprache, der Verständigung und des Rüstungseinhalts vertritt, so gibt der Herr v. Bethmann-Hollweg die erhabene Weisheit von sich, daß „Stärke den besten Schutz vor Angriffen" gebe. Der Reichskanzler sagte auch, die Sozialdemokratie „wolle sich nicht überzeugen lassen". Wir würden diesen Vorwurf zurückgeben und sagen können, der Reichskanzler und seine Gesinnungsverwandten wollen sich durch unsere noch so einleuchtenden Gründe nicht überzeugen lassen, aber wir verzichten auf solche törichte Polemik, da wir nur zu gut wissen, daß es sich bei dieser ganzen Auseinandersetzung viel weniger um Ueberzeugungen, die der Belehrung unterliegen, handelt als vielmehr um tiefe Interessengegensätze: der Reichskanzler spricht als der Mann der kapitalistisch-imperialistischen Zeit, als Vertreter der mächtigen Schichten, die an der Vermehrung des Heereswesens mit ihren Profitinteressen tausendfach beteiligt sind. Die Sozialdemokratie dagegen spricht als Vertretung der arbeitenden Volksmassen, die mit den Arbeitern anderer Länder in Frieden zu leben und zu gemeinschaftlichen Kulturwerken fortzuschreiten begehren. Das sind zwei Welten, die sich in der Tat nicht verstehen und sich gegenseitig nicht zu überzeugen vermögen.

Der Reichskanzler ließ sich aber weiter zu einem Angriff gegen die Sozialdemokratie verleiten, der ihm sehr schlecht bekommen sollte. Scheidemann hatte den Haß und die Feindschaft der Sozialdemokratie gegen den Militarismus zum Ausdruck gebracht. Darauf stellte Bethmann-Hollweg in komischer Feierlichkeit die Frage, was eigentlich Militarismus sei. Verbesserungen in der Armee seien wohl möglich und daran arbeite die Heeresverwaltung. Aber — und nun holte der Kanzler zu dreisten Herausforderungen aus, die auf den sozialdemokratischen Bänken Stürme des entrüsteten Widerspruchs hervorrufen mußten: „Ihnen ist es ja gar nicht darum zu tun, zu bessern ... Die Armee ist Ihnen nicht freundlich gesinnt ... Sie wollen die Armee durch Ihre zersetzende Kritik nicht bessern, sondern zerstören." Wenige Minuten darauf mußte der Reichskanzler erleben, daß der dreiste Versuch der Herabwürdigung des Gegners in seine eigne schwere Niederlage umschlug.

Nachdem Scheidemann in schneidenden Feststellungen die Ausführungen des Reichskanzlers zurückgewiesen hatte und nach einem kurzen Zwischenspiel Bassermannscher Begeisterung für Kavallerieregimenter wurde die Debatte auf den Fall der Erfurter Kriegsjustiz konzentriert. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, wie schon in der zweiten Lesung, daß durch Einfügung eines besonderen Artikels in die Militärvorlage die Möglichkeit zur Anerkennung mildernder Umstände bei Vorkommnissen, wie sie dem furchtbaren Erfurter Zuchthausurteil und vielen ähnlichen Blutturteilen der Militärjustiz zugrunde lagen, im Militärstrafgesetzbuch herbeigeführt werde. Also ein Antrag zur Beseitigung eines himmelschreienden Unrechts in der Militärjustiz, zur Milderung von Bestimmungen, die jahraus jahrein eine Anzahl junger braver Menschenkinder wegen geringfügigster Verfehlungen auf viele Jahre ins Zuchthaus bringen und für das ganze Leben mitsamt ihren Familien unglücklich machen. Diese Forderung war schon seit Monaten, abgesehen von den früheren Kämpfen, im Plenum des Reichstags und in der Budgetkommission von den Vertretern der Sozialdemokratie aufs lebhafteste erhoben und begründet worden. Der Erfurter Fall gab einen neuen Anstoß, noch in letzter Stunde wenigstens diese dringendste Verbesserung der Militärjustiz zu erreichen. Wer trat für die unglücklichen Leute, die da in Erfurt durch die Brutalitäten des Militärgesetzes um ihr Lebensglück gebracht wurden, ein? Selbstverständlich die Sozialdemokratie, von der der Reichskanzler soeben sich erkühnt hatte zu sagen, daß es ihr gar nicht darum zu tun sei, in der Armee Verbesserungen herbeizuführen. Wer aber suchte durch allerlei Wendungen und Windungen sich selbst von dieser mindesten Anstandspflicht zu drücken? Das war die Regierung, das war der kriegsministerielle Kollege des Reichskanzlers! Aber unsere Parteigenossen traten dem Kriegsminister mit so wuchtigen Schlägen entgegen, daß sich schließlich der ganze Reichstag nicht der Erkenntnis entziehen konnte, es müsse in dieser besonderen Frage der Militärjustiz endlich etwas geschehen. Redner aus der Fortschrittlichen Volkspartei und aus dem Zentrum schlossen sich dem sozialdemokratischen Verlangen an, während die Konservativen in stummer Ratlosigkeit dasaßen. Es wurde der Beschluß gefaßt, am Montag einen entsprechenden kurzen Gesetzentwurf sogleich in allen drei Lesungen durchzuführen. Das war eine böse Schlappe für den Kriegsminister und den Reichskanzler, der an diesem Einzelbeispiel, wenn er sich überzeugen lassen will, den nachdrücklichsten Beweis erhielt, daß die Sozialdemokratie die Kraft ist, die die von ihm, dem Reichskanzler, und seinesgleichen seit jeher aufrecht erhaltenen schrecklichen Ungerechtigkeiten ernsthaft bekämpft und schließlich beseitigt.

Die Militaristen gedachten ihre Rüstungsvorlage in grell lärmender Hurrastimmung zum Abschluß zu bringen. Es ist anders gekommen; die Jubilierungslust ist verflogen und **am Ausgang dieses großen Ringens steht die Schmach des barbarischen Militärsystems und der im Namen des arbeitenden Volkes tapfer geführte Kampf der Sozialdemokratie für ein gerechtes und freiheitliches Heerwesen.**

Konferenz über eine Reform des Militärstrafgesetzbuches.

Der Reichstag vertagte am Sonnabend die Weiterberatung und Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, eine sofortige Reform des Militärstrafgesetzbuches vorzunehmen, auf Montag, wobei kein Zweifel blieb, daß der Antrag eine große Mehrheit erlangen werde, falls die Regierung nicht bestimmte Zusicherungen gibt.

Die Regierung hat nun aus diesem Beschluß die nötigen Folgerungen gezogen und sofort nach Schluß der Sonnabend-Sitzung eine Konferenz einberufen, über die berichtet wird:

„An der Konferenz nahmen Vertreter des Kriegsministeriums und des Reichskanzlers, ferner folgende Abgeordnete teil: Dr. Müller-Meiningen und Waldstein von der Fortschrittlichen Volkspartei, von Calker und Prinz Schönaich-Carolath von den Nationalliberalen, Graf Westarp und Dietrich von den Konservativen, Gröber vom Zentrum, Schultz von der Reichspartei und Dr. Frank von der Sozialdemokratie. Zu einer Einigung kam man nicht, zumal die Regierungsvertreter nicht in der Lage waren, bestimmte Zusicherungen zu geben. Es ist jedoch in Aussicht genommen, am Montag vor Beginn der Sitzung nochmals Versuche zu unternehmen, eine Einigung zu erzielen. Die Besprechung unter den Vertretern der Parteien bezog sich nicht nur auf die Festlegung mildernder Umstände, sondern auch auf die Einfügung eines Mindestmaßes der festzusetzenden Strafen im Falle Zubilligung mildernder Umstände. Die Sozialdemokraten stellten die radikalsten Forderungen, während die Fortschrittspartei und die Nationalliberalen weniger weit gehen wollten. Die Parteien der Rechten verhielten sich völlig ablehnend."

Einst und jetzt.

Von unserem Korrespondenten.

chr. **Paris**, 27. Juni.

Die Reaktion ist augenblicklich Siegerin in Frankreich. Sie führt das große Wort im Regierungsrat. Sie ist in Besitze der zwei Präsidentensessel: des der Republik und des Kammer. Sie beherrscht die große Tagespresse. Sie behält zum Unglück des Volkes die Klinke der Gesetzgebung — wenigstens in militärischen Fragen.

Dieser Reaktionssieg hat vielfach Anlaß gegeben zum Vergleich unserer Tage mit der Periode der Dreyfusaffäre vor etwa 15 Jahren, da Zola vor die Gerichte als Verbrecher geschleppt und vom Pariser Mob beinahe gelyncht wurde.

Es ist richtig, daß die nationalistische und militaristische Reaktion gegenwärtig das Heft in ihren Händen hält. Sie beherrscht die Lage. Wie vor 15 Jahren, darf sie straflos den patriotischen Schwindel treiben. In gewisser Hinsicht ist die Reaktion noch mächtiger als vor 15 Jahren, da sie damals auf die Defensive angewiesen war, während sie jetzt die Offensive ergreifen darf. Da sie ihre Herrlichkeit auf eine grob materielle Fälschung gründete, fühlte sie sich dann unsicher und belastet mit einem bösen Gewissen. Jetzt aber darf die Reaktion auf dem stelzen Roß der Landesverteidigung herumreiten. Sie kann auf die allgemeine unsichere Lage, auf das Wettrüsten in anderen Ländern hinweisen. Um so gefährlicher ist die gegenwärtige Reaktion für das Volk und für die Republik. Es handelt sich jetzt nicht — weder direkt noch indirekt — um einen Einzelfall, um eine schreiende Ungerechtigkeit gegen eine Person, sondern um die Vergiftung des ganzen Landes, um die materielle und geistige Zukunft des Volkes, die von dem militaristischen Moloch bedroht wird.

Frankreich ist ein sogenanntes „reiches" Land, aber wie in jedem kapitalistischen Land befindet sich der Reichtum in den Händen weniger. Die große Mehrheit lebt von der Hand in den Mund, von täglicher Arbeit. Da die herrschenden Klassen, wie überall, nicht geneigt sind, die Lasten des Militarismus zu tragen, und noch mehr als in Deutschland und England tatsächlich imstande sind, die Lasten auf die schon sowieso schwer belasteten Schultern der Arbeiterschaft abzuwälzen, so ergibt sich für dieselbe eine durchaus unerträgliche Situation.

Das Budget steigt ins ungeheuerliche, und wenn man die Gemeindebudgets mitrechnet, wird es bald die achte Milliarde erreichen. Bei der stationären Lage des Bevölkerungszuwachses ist diese Riesenbürde für jeden Einzelnen um so empfindlicher. Noch nie war das Staatsdefizit so bedeutend wie jetzt. Das Budget von 1913, das heißt für das laufende Jahr, schwebt noch in der Luft und will nicht vom Flecke, der Finanzminister, die Regierung, die Budgetkommission und die Kammer sind ohnmächtig, dem Uebel abzuhelfen. Die Finanzschwierigkeiten der Monarchie vor 1789, am Vorabend der Erstürmung der Bastille, waren ein Kinderspiel gegen die gegenwärtigen wachsenden Schwierigkeiten, die das Wettrüsten verursacht.

So stehen die Dinge in den oberen Regionen. Wie steht es nun mit der Opposition? Der Kampf gegen die herrschende Reaktion wird jetzt etwas anderes geführt wie vor 15 Jahren. Damals war sogar der gemäßigte Teil des Bürgertums in den Kampf gegen die Reaktion gezogen. Die großkapitalistischen Blätter, wie der Temps und der Figaro, kämpften gegen die „Generalstäbler" und „patriotischen" Fälscher. Bedeutende politische Größen, wie Clemenceau, Millerand und in der letzten Stunde vor dem Siege auch Poincaré und Barthou gehörten nicht oder weniger zur Partei der Wahrheit. Jetzt sind alle diese Kräfte und Preßmächte auf seiten der militaristischen Reaktion. Sie heulen mit den Wölfen. Die Intelligenz, die sogenannten „Intellektuellen", die der Mehrheit nach gegen die Reaktion vor 15 Jahren kämpften, sind umgefallen. Eine kleine Minderheit mit Anatole France